

Atomkonzerne machen mobil

Mit allen Tricks sucht die Atomwirtschaft eine Zukunft. Ziel: neue Verhältnisse nach der Bundestagswahl 2009.

Es waren Bilder wie aus einem Hollywood-Streifen: Ausfallende Ampeln verursachten Chaos auf den Straßen, Züge blieben stehen, Aufzüge stecken. Büros und Läden schlossen, weil die Computeranlagen ausfielen. Wie verletzlich unsere Zivil-

sation ist, haben die Bilder aus Miami gezeigt, als in Florida Ende Februar ein massiver Stromausfall das öffentliche Leben lahm legte.

Eine gute Gelegenheit dachten sich da die Strategen in der PR-Abteilung

von RWE und ließen den Konzernchef Jürgen Großmann in der Bild-Zeitung ähnlichen Szenarien ausmalen:

„Hier drohen im europäischen Netz mehrtägige Stromausfälle schon in diesem Jahr, die auch Deutschland hart treffen können.“ Ins gleiche Horn blies Großmanns Kollege Wulf Bernotat von E.ON in einem Interview mit der Welt am Sonntag: „Ich bin kein Freund von Pessimismus und Schwarzmalerei, aber es könnte in bestimmten Situationen eng werden, zum Beispiel wenn im Sommer Windenergie fehlt und Kraftwerke wegen Kühlungsproblemen zurückgefahren werden müssen.“ Auf die Nachfrage, wie das denn verhindert werden könne, kam dann die Antwort, auf die das alles zielt. Bernotat: „Am einfachsten und günstigsten durch eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke.“

Es ist nicht neu, dass sich die Atomlobby jedes Argumentes bedient, um die Vorzüge ihrer Technologie zu preisen, ob es passt oder nicht. Aber derzeit treiben sie es besonders dicke. Das zeigt der Fall Florida: Verschwiegen wurde nämlich in der ganzen Debatte, wie der Blackout von Miami ausgelöst wurde: Ein AKW musste nach einer Störung in einem Umspannwerk heruntergefahren werden. „Als das geschah, wurde das Stromnetz in ganz Florida gestört“, so ein Sprecher des Energieunternehmens „Power & Light“, was zum Ausfall von sechs weiteren Kraftwerken und damit zum Blackout führte.

Die vielbeschworene „Stromlücke“ ist reine Propaganda der Atomstromlobby



Foto: argus/Dott

Auch hierzulande haben die Ereignisse des letzten Sommers gezeigt, dass die Atomenergie in Sachen Versorgungssicherheit längst nicht mehr zu den zuverlässigen Technologien zählt. Nach den Bränden in Brunsbüttel und Krümmel, den Dübel-Problemen in Biblis und diversen anderen Störfällen waren zeitweise bis zu sieben Reaktoren vom Netz. Trotzdem gingen nirgends die Lichter oder die Klimaanlage aus.

Erstaunlich: Selbst in dieser Situation hat die Bundesrepublik weiter Strom exportiert. Durch den Ausfall der Atomkraftwerke verminderte sich die Stromproduktion nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz zwar um insgesamt 27 Terrawattstunden. Trotzdem wurde noch eine Strommenge von 14 Terrawattstunden ans Ausland geliefert. Das zeigt, dass auch das Gerede von der bald aufbrechenden „Stromlücke“ nichts als Propaganda ist. Der Zuwachs an erneuerbaren Energien entspricht derzeit jährlich ungefähr der Kapazität eines AKW.

Doch Blackout und Stromlücke sind nur zwei Beispiele für den großen Strauß an PR-Behauptungen, den die Atomlobby derzeit mit aller Vehemenz über der Republik verteilt: Vorneweg werden die Reaktoren natürlich weiter als Klimaretter gepriesen. Darüber hinaus sollen sie angeblich für billigen Strom sorgen, obwohl die Strompreise in diesem Land schon lange nichts mehr mit den Erzeugerkosten zu tun haben.

Und schließlich wird die weltweite Renaissance der Atomkraft immer lauter betont, dabei hat sich die Zahl der tatsächlichen Baustellen auch fünf Jahre nach Einführung dieses Argumentes nicht wesentlich erhöht. Ankündigungen sind die eine Seite, die solide finanzierte Umsetzung etwas völlig anderes. Der Energieexperte Lutz Mez von der FU Berlin: „Die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) nennt für Europa derzeit zwei Reaktorblöcke, die sich im Bau befinden. Olkiluoto-3 in Finnland gilt als das Vorzeigeprojekt, im August 2005 wurde mit dem Bau begonnen, 2009 sollte es ans Netz gehen. Bereits jetzt hat es so viele Pannen gegeben, dass mit einer Inbetriebnahme frühestens 2012

gerechnet wird. Seit Dezember 2007 wird offiziell ein weiterer Reaktor in Flamanville gebaut. Auch dieser Reaktor soll angeblich 2012 ans Netz gehen.“

Und auch die Medien in dieser Republik haben sich auf eine bestimmte Deutung der Wirklichkeit festgelegt und berichten derzeit landauf und landab von drohenden Stromlücken, AKW als Klimaschutz und der Renaissance der Atomkraft. Vor allem wirtschaftsnahe Blätter sind kaum noch zu stoppen, aber selbst die als eher atomkritisch geltende Süddeutsche Zeitung betete unter der Überschrift „Weg mit dem Atom-Tabu“ alle aktuellen Pseudo-Argumente herunter.

Atomkonsens auf der Abschlusliste

Der lange vorbereitete und nun mit großer Vehemenz geführte Angriff auf die öffentliche Meinung in der Republik hat also begonnen. Atomkraft soll im nächsten Jahr Wahlkampfthema werden. Denn in den Jahren 2009 und 2010 wird über die Zukunft der Atomkraftwerke neu entschieden werden. Und da ein großer Reaktor pro Tag einen Reingewinn von einer Million Euro erwirtschaftet, haben die vier Stromkonzerne natürlich großes Interesse daran, dass es nicht doch noch eines Tages zu den im Jahr 2000 im so genannten Atomkonsens vereinbarten Stilllegungen kommt.

Die ganze Absurdität dieser Verabredung zwischen Energiemultis und damaliger rot-grüner Bundesregierung wird derzeit sichtbar: Eigentlich hätten in dieser Legislaturperiode vier Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen: Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel. Die vereinbarten Reststrommengen gingen zur Neige und die Anträge der Betreiber auf Laufzeitverlängerung wurden vom Bundesumweltminister abgelehnt. Trotzdem geht wohl vor der nächsten Wahl im Herbst 2009 kein Reaktor vom Netz. Und dies liegt kurioserweise daran, dass die betroffenen AKW so störanfällig sind.

Im Atomkonsens wurden keine zeitlichen Fristen bis zum Abschalten der Meiler festgelegt, sondern Strommengen, die



Boycott des Ausstiegs: Um den Betriebszeitraum zu strecken, lassen die Stromkonzerne alte Reaktoren nur noch mit halber Leistung laufen

pro Kraftwerk noch produziert werden dürfen. Und wenn ein Reaktor stillsteht, dann produziert er keinen Strom und sein Rest-Kontingent bleibt erhalten. Biblis und Brunsbüttel sind auf diese Weise schon über die Wahl gerettet. Und das AKW Neckarwestheim 1 wird seit Monaten nur noch mit halber Leistung gefahren, um den Betriebszeitraum zu strecken.

Wie dreist die Stromkonzerne diese Politik zur Verhinderung des Atomausstiegs inzwischen betreiben, zeigt ein Zitat aus der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die angeblich drohende „Stromlücke“. Da heißt es: „Die Chefs von E.ON, RWE, Vattenfall und ENBW sicherten derweil im Kanzleramt zu, man werde kein Kernkraftwerk vor der Wahl im Herbst 2009 schließen. Sie würden vielmehr so betreiben, dass die jeweils zugestandene Reststrommenge einen Betrieb über den Wahltermin hinaus erlaube.“ Welch ein Segen!

Elf Jahre werden bei der nächsten Bundestagswahl vergangen sein, seit die rot-grüne Regierung 1998 angetreten ist, um den Atomausstieg zu organisieren. Elf Jahre, in denen mit Obrigheim und Stade nur die beiden kleinsten Reaktoren abgeschaltet wurden. Die 17 Großanlagen strahlen weiter um die Wette. Seit einem Jahrzehnt gibt es in diesem Land angeblich eine Ausstiegs-Politik – auch die Große Koalition hält ja offiziell daran



fest – nur ausgestiegen wurde bisher nicht. Für die AKW-Betreiber ist das eine relativ komfortable Situation, haben sie sich doch ihre Zustimmung zum angeblichen Ausstieg mit einer Menge Zugeständnissen seitens der damaligen Bundesregierung abkaufen lassen.

Jetzt hoffen die Stromkonzerne darauf, dass es nach der Wahl 2009 eine Mehrheit für Union und FDP gibt und die Laufzeiten für die immer älter werdenden Reaktoren wieder völlig frei gegeben werden. Doch selbst wenn es zu dieser Wunschkonstellation der Atomlobby nicht kommt, wird es massiven Druck auf die kommende Bundesregierung geben, den Betrieb der AKW zu verlängern. Denn nach dem Reststrommengen-Modell müssten in der nächsten Legislaturperiode sieben Reaktoren vom Netz gehen. Zu den bereits genannten in Biblis (A + B), Neckarwestheim und Brunsbüttel kommen dann noch Philippsburg 1, Ohu 1 und Esensham hinzu.

Einmischen für den Ausstieg

Es ist also davon auszugehen und derzeit schon deutlich spürbar, dass im kommenden Bundestagswahlkampf 2009 der große politische Kampf um die Laufzeiten erst richtig losgehen wird. Bei einer schwarz-gelben Mehrheit ist relativ sicher mit dem Versuch zu rechnen, die Laufzeiten aufzuweichen. Doch selbst in diesem Fall wird das kein Automatismus,

wenn die gesellschaftliche Gegenwehr gut organisiert ist.

Und bei anderen Wahlausgängen? Umweltminister Sigmar Gabriel spricht ab und zu davon, dass es im Bundestag keine Mehrheit für die Verlängerung der Laufzeiten gibt und bildet damit rhetorisch eine rot-rot-grüne Anti-Atom-Koalition. Sowohl SPD als auch Grüne und Linkspartei wollen im Augenblick mindestens an den derzeit im Atomgesetz festgelegten Reststrommengen festhalten. Ob dies für die SPD auch noch nach der Wahl zutrifft, wird sich erst noch zeigen müssen, vor allem, wenn es zu einer Neuauflage der großen Koalition oder zu einer Ampelkoalition mit Grünen und FDP kommt. Die Atomlobby wird nichts unversucht lassen, die SozialdemokratInnen von ihrer derzeitigen relativ klaren Anti-Atom-Haltung in kleinen Schritten wegzuführen.

Eine entscheidende Rolle fällt dabei der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) mit ihrem Vorsitzenden Hubertus Schmoldt zu. Die Pro-Atom-Gewerkschaft soll einerseits insgesamt im DGB für eine atomfreundlichere Haltung werben, aber auch ihren Einfluss auf die sozialdemokratischen Funktionäre nutzen, um die Interessen der Stromkonzerne zu vertreten. Schmoldt ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von E.ON. Damit ist er mindestens genauso interessengeleitet wie der Ex-Wirtschaftsminister und RWE-Aufsichtsrat Wolfgang

Clement, der sich wegen seiner Angriffe auf das energiepolitische Konzept von Andrea Ypsilanti kurz vor der Hessenwahl in seiner Partei unbeliebt gemacht hat. Doch Schmoldt stellt es geschickter an als Clement. Er wählt nicht den Weg über die Öffentlichkeit, sondern macht intensive Lobbyarbeit hinter verschlossenen Türen.

Die vier großen Stromkonzerne sind derzeit intensiv bemüht von ihrem Image-Allzeittief wegzukommen. Investitionen in erneuerbare Energien, der angekündigte Verkauf des E.ON-Stromnetzes, Sozialstromtarife und der vorläufige Verzicht auf weitere Preiserhöhungen sollen den Ansehensverlust bremsen und damit politische Handlungsspielräume zurückholen. Die neue Riege der Vorstandsvorsitzenden (Jürgen Großmann bei RWE, Hans-Peter Villis bei EnBW und Tuomo Hatakka bei Vattenfall) ist bemüht, die beschädigten Drähte zur Politik wieder instand zu setzen. Statt medienwirksamer aber wenig effektiver Energiegipfel, setzt man nun auf stille Diplomatie unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Das Jahr 2008 dient der Atomlobby zur Vorbereitung für den großen Kampf im nächsten Jahr. Die Anti-AKW-Bewegung sollte Ähnliches tun. Und zwar nicht nur die in Initiativen organisierten AtomkraftgegnerInnen, sondern alle, die es nach Krümmel-Brand, Kinderkrebsstudie und tausenden von lockeren Dübeln nicht mehr länger hören können, wie ernsthaft über eine Zukunft mit Atomkraft diskutiert wird. Wer den Glauben daran, dass es der Atomkonsens schon richten wird, bisher noch nicht verloren hatte, sollte das schleunigst tun und die Sache wieder selbst in die Hand nehmen. Die Debatte ist eröffnet. Jede/r AtomkraftgegnerIn kann sich daran aktiv beteiligen, in Diskussionen, Leserbriefen, Stromwechsellpartys, Aktionen und Demonstrationen. Es ist an der Zeit!

Jochen Stay lebt im Wendland, ist aktiv bei X-tausendmal quer, www.ausgestrahlt.de und „Atomausstieg selber machen“ und kommt gerne als Referent zu Veranstaltungen (Anfragen an j.stay@jpberlin.de)

www.atomausstieg-selber-machen.de



Foto: argus/Schwarzbach



Die Menschen in den Ländern des Südens werden viel stärker unter den Folgen der globalen Erderwärmung zu leiden haben als der reiche Norden

Klimaschutz - nur mit Gerechtigkeit

Während unser energie- und ressourcenintensive Lebensstil eine der Hauptursachen für den Klimawandel ist, sind vor allem die Menschen in den Ländern des Südens von seinen Folgen betroffen. Sie haben nichts zum Problem beigetragen und können den Klimawandel folglich auch nicht stoppen oder abmildern. Der Klimawandel wird damit zu einer Gerechtigkeitsfrage zwischen Nord und Süd und geht weit über eine Umweltproblematik hinaus.

Die globale Erderwärmung führt schon jetzt nicht nur zu erhöhten Durchschnittstemperaturen. Die zusätzliche Energie in der Atmosphäre entlädt sich in Stürmen, Starkniederschlägen oder Hurrikanen. Regen- und Trockenzeiten verschieben sich, und Dürren treten verstärkt auf.

Klimawandel verstärkt Armut

Eine der Folgen der Erderwärmung ist die Verschiebung von Klima- und damit Anbauzonen für Feldfrüchte.

Während bei einer geringen Zunahme der globalen Mitteltemperatur um 2 bis 3°C die Getreideerträge in den gemäßigten Breiten zunehmen, werden sie in den meisten tropischen und subtropischen Regionen sinken, da die Pflanzen bereits in ihrem Temperatur-optimum wachsen. Gerade die Armen haben aber nicht die Möglichkeit, schlechte Ernten mit Vorräten aus dem Vorjahr oder durch finanzielle Rücklagen zu überbrücken. Zudem sind sie nicht gegen Ernteschäden versichert. Genausowenig sind sie in

der Lage ihre Anbauweise oder ihre Feldfrüchte schnell zu verändern. Denn ihr Zugang zu Wissen über neue Anbaumethoden sowie zu anderen Nahrungspflanzen ist durch geringe Mittel, Bildung und Medienverfügbarkeit sehr begrenzt. Als „Anpassung“ an den Klimawandel bleibt ohne Unterstützung nur die Kinder von der Schule zu nehmen, weil das Schulgeld fehlt oder ihre Arbeitskraft auf den Feldern benötigt wird. Oder die Menschen wandern einfach in die wachsenden Elendsviertel der Städte



ab, die ihnen keine Chancen auf ein würdiges Leben bieten.

An diesem Beispiel wird bereits deutlich, dass die negativen Folgen des Klimawandels vor allem in Verbindung mit Armut dramatisch wirken. Klimawandel ist die Spitze des Eisberges der globalen Ungerechtigkeit!

Trotz aller Klimaschutzpolitik – der Klimawandel selbst wird sich nicht mehr abwenden, sondern nur noch begrenzen lassen. Neben der Herausforderung, eine emissionsarme Wirtschaft zu gestalten, müssen wir die Folgen des Klimawandels bewältigen. Der globale Ausstoß an Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten zehn Jahre rapide abnehmen.

Als Hauptverursacher des Klimawandels haben die reichen Industrienationen nicht nur die moralische Pflicht die Entwicklungsländer zu unterstützen und mit den betroffenen Menschen soweit möglich Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Vor allem stehen wir gemäß Verursacherprinzip in der Pflicht für Anpassungsmaßnahmen und für nicht abzuwendende Schäden aufzukommen. Die Berechnung der Schäden durch den Klimawandel ist aber

schwierig. Welcher Sturm ist „natürlich“, welcher durch den Klimawandel ausgelöst oder verstärkt? Was haben einzelne Regionen genau an Veränderungen zu erwarten?

Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen

Erste Schätzungen gehen davon aus, dass zusätzlich zur jetzigen Entwicklungsfinanzierung bis zu 90 Milliarden US \$ pro Jahr nötig sein werden, um die Folgen des Klimawandels zu verhindern bzw. abzumildern. Die Anpassung an den Klimawandel sollte eng an die Entwicklungszusammenarbeit angegliedert sein, um bestehendes Know-how zu nutzen. Allerdings müssen neue und zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden, eine Umleitung von Entwicklungshilfe darf nicht die Lösung sein. Zudem ist zu überlegen, inwiefern nicht nur Staaten, sondern auch Konzerne – z.B. die Energiekonzerne - in die Pflicht genommen werden können.

Von diesem Prinzip geht auch der Anpassungsfonds unter dem globalen Klimaschutzabkommen aus, der seit Dezember 2007 in Bali nach langjährigen Verhandlungen endlich seine Arbeit

aufnehmen kann. Er wird gespeist aus einer zweiprozentigen Abgabe auf Emissionsrechte aus dem Clean Development Mechanism (CDM). Dieser ermöglicht es den Unternehmen oder Nationalstaaten ihre Klimaschutz-Verpflichtungen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu erfüllen. So zahlen auch Konzerne für die Anpassung.

Bisher sind etwa 26 Millionen US \$ im Fonds, bis 2012 werden insgesamt 160 bis 950 Mio. US \$ aus der Besteuerung der Zertifikate erwartet. Allein Großbritannien gibt 26 Mio. wöchentlich für den eigenen Küstenschutz aus. So fürchtet Bischof Desmond Tutu, dass es zu einer Klima-Apartheid kommen wird. Während sich die Reichen schützen, lernen die Armen schwimmen. Wird der Fonds nicht schnellstens auch aus anderen Quellen gespeist, würden die Reichen der Welt die globale Ungerechtigkeit auf diesem Planeten weiter verstärken und noch mehr Hunger und Leid in der Welt säen.

Der Kampf um die Macht über die Finanzmittel ...

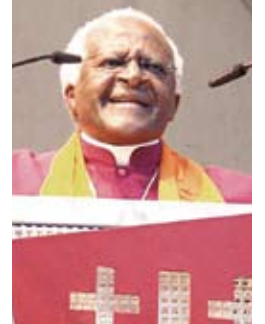
Dem auf Bali 2007 etablierten Fonds für Anpassungsmaßnahmen gingen



Foto: argus/Ross

Bischof Desmond Tutu warnt vor einer Klima-Apartheid: „Während sich die Reichen schützen...“

Foto: Spekking/Wikipedia



starke Machtkämpfe zwischen Industrie- und Entwicklungsländern voraus. Im Gegensatz zu anderen Fonds haben die Entwicklungsländer im Aufsichtsgremium die Mehrheit. Das ist ein großer Erfolg der Entwicklungsländer. Denn der „Finanzierungsmechanismus für den globalen Umweltschutz“ der Weltbank (Global Environmental Facility: GEF) hatte sich massiv dafür eingesetzt, dass sie den Fonds verwalten dürfe. Dies hätte den Geberländern die Entscheidungsmacht über die Verwendung der Mittel gegeben und nicht denen, für die der Fonds aufgelegt wurde und die von den Auswirkungen der Klimakatastrophe direkt betroffen sind.

Der GEF verwaltet bereits zwei andere Fonds des internationalen Klimaschutzabkommens zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Anpassung und klimafreundlichen Entwicklung. Im Anpassungsfonds kommt ihm nun lediglich die Rolle eines Sekretariats zu, und selbst diese Funktion soll periodisch geprüft werden. Für die Weltbank und viele Geberstaaten war dies eine schwere Niederlage.

Doch die Weltbank gibt nicht so schnell auf. Unterstützt durch Japan, die USA und Großbritannien bewirbt sie derzeit eigene neue Klimafonds zur Anpassung und zur Bekämpfung des Klimawandels über Technologietransfer und Waldschutz. Die Kontrolle über diese Fondsmittel hätten dann wieder diejenigen, die das Geld zur Verfügung stellen und die für die Katastrophe verantwortlich sind. Die drei Staaten haben bereits erhebliche finanzielle Zusagen gemacht und fordern andere Länder auf sich zu beteiligen.

Zwar beteuert die Weltbank, dass ihre Fonds nicht in Konkurrenz zu den Fonds unter dem Klimaschutzabkommen stehen. Dies ist aber zu bezweifeln, weil Finanzierer solche Fonds vorziehen, in denen sie allein über die Verwendung der Mittel entscheiden. Besonders bedenklich ist, dass Japan die Mittel aus Entwicklungstöpfen nehmen will. Großbritannien stellt das Geld nur für Kredite zur Verfügung. Damit droht eine Neuverschuldung der Entwicklungsländer, denn Maßnahmen zum Schutz der Bevölke-

... lernen die Armen schwimmen.“

Überflutung im Tal des Tana Rivers in Kenia



Foto: argus/Aid/Griffiths

rung, etwa der Bau von Deichen, kann nicht wertschöpfend angelegt werden.

Andererseits wird auch der Anpassungsfonds allein nicht zu einer transparenten, armutsorientierten und effizienten Verteilung und Anwendung der Mittel führen. Korruption sowie wachstumsorientierte Entwicklungsprioritäten auf Kosten der Armen sind aus anderen Politikfeldern und Ländern bekannt. Deshalb ist eine effektive Beteiligung durch die Bevölkerung unabdingbar. Es muss sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse der am stärksten Betroffenen als erstes befriedigt werden und dass ihre Erfahrung und ihr Wissen voll berücksichtigt werden, um Fehlsteuerungen zu vermeiden.

... gefährdet Fortschritte in der internationalen Klimaschutzpolitik

Trotz dieser Bedenken ist der bestehende Anpassungsfonds unter dem Dach der Klimarahmenkonvention längst überfällig und muss unbedingt ausgebaut werden. Denn der Vorstoß der Weltbank gefährdet den Fortschritt in der internationalen Klimaschutzpolitik! Die volle Unterstützung der Industrieländer für die Entwicklungsländer und deren volle Mitsprache bei der Verwendung der Mittel ist nicht nur gerecht, sondern wird auch Vertrauen schaffen! Ohne dieses werden Schwellenländer nicht bereit sein selbst emissionsarme Wirtschaftspfade zu

beschreiten. Abermals wäre ein Stillstand bei den internationalen Verhandlungen vorprogrammiert.

Die Optionen zur Anpassung an den Klimawandel dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Klimaschutz nötiger denn je ist! Eine Abkehr unseres auf Ausbeutung basierenden Wirtschaftens ist unbedingt notwendig! Energie- und Automobilkonzerne, die diesen Wandel aus Profitstreben heraus blockieren und sich lediglich mit mehr oder weniger effektiven PR-Aktionen für den Schutz des Planeten einsetzen, handeln hochgradig unethisch.

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Kirchen und andere gesellschaftliche Akteure, müssen Klimaschutz und Anpassung in den Blick nehmen und auch die (finanzielle) Verantwortung unserer Wirtschaft und Staaten für die in den Ländern des Südens sich längst abspielende Klimakatastrophe einfordern. Klimaschutz ist nicht nur eine Frage des technischen Umbaus, sondern vor allem eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Nur dann kann globaler Klimaschutz gelingen.

Anika Schroeder ist Diplom Umweltwissenschaftlerin und Referentin für Klimawandel und Entwicklung bei MISEREOR, <http://www.misereor.de/themen/klimawandel.html>

www.klima-und-gerechtigkeit.de